

Entwurf Haushaltssatzung der Stadt Wegberg für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496) hat der Rat der Stadt Wegberg mit Beschluss vom _____ folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	54.036.440 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	58.373.606 €

im Finanzplan mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	51.329.941 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	51.321.387 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	3.419.949 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	6.003.182 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	5.458.896 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	5.135.896 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 2.583.000 €
festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 2.495.000 €
festgesetzt.

§ 4

Die **Verringerung der allgemeinen Rücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 4.337.166 €
festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 14.000.000 €
festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2015 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- | | |
|--|-----------------|
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 290 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 491 v.H. |

2. Gewerbesteuer auf

433 v.H.

Die Hebesätze sind durch Satzung vom 19.12.2015 festgesetzt worden.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept 2014 – 2024 ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2021 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig umzuwandeln“ (ku) angebracht ist, ist bei dem Freiwerden diese Stelle in eine Stelle der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe umzuwandeln. Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig wegfallend“ (kw) angebracht ist, dürfen freiwerdende Stellen dieser Besoldungs- oder Vergütungsgruppe nicht mehr besetzt werden.

§ 9

Regelungen zu Wertgrenzen

Wertgrenze für die Veranschlagung und Abrechnung von Investitionsmaßnahmen

Die Wertgrenze gemäß § 41 Absatz 1 Buchstabe h GO NRW für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen wird auf 10.000 € festgesetzt.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind ab einer Größenordnung von 25.000 € als erheblich im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NRW anzusehen und bedürfen somit der vorherigen Zustimmung des Rates.
2. In unbeschränkter Höhe als unerheblich anzusehen sind folgende über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen:
 - a. Aufwendungen und Auszahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtung (z.B. Auswirkungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, Gewerbesteuerumlagen, Kreisumlage) oder aufgrund eines Ratsbeschlusses
 - b. Änderungen aufgrund tarifvertraglicher Abschlüsse
 - c. interne Leistungsverrechnungen
 - d. Mehrwert-/Vorsteuern
 - e. Verluste aus Wertveränderungen bei Forderungen (z.B. Niederschlagungen, Erlasse) einschließlich aller Nebenforderungen (z.B. Zinsen, Säumniszuschläge, Mahn- und Vollstreckungsgebühren) sowie planmäßige oder außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen

- f. ergebnisneutrale systembedingte Veränderungen des doppelten Haushaltes auf Grund neuerer Erkenntnisse oder gesetzlicher Grundlagen (z.B. Anpassung des Konten- und Produktplanes)
 - g. Umschuldungen / Sondertilgungen
 - h. Abschlussbuchungen
3. Für über- und / oder außerplanmäßige Aufwendungen, die erst im Rahmen des Jahresabschlusses entstehen, wirtschaftlich aber noch dem abgelaufenen Haushaltsjahr zuzurechnen sind, bedarf es nicht des Verfahrens nach § 83 GO. Im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit können der Kämmerer bei der Aufstellung des Jahresabschlusses, der Bürgermeister bei der Bestätigung und der Rat bei der Feststellung den erforderlich gewordenen Aufwendungen zustimmen.

Nachtragssatzung

- 1. Ein zusätzlicher Jahresfehlbetrag ist ab einem Verhältnis von 5,0 % zu den veranschlagten Gesamtaufwendungen als erheblich im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW anzusehen. Die Pflicht zum Erlass einer Nachtragssatzung ist in diesem Fall gegeben, wenn gleichzeitig der Haushaltsausgleich nur durch Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann.
- 2. Bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen auf Ebene einer Berichtszeile eines Teilplanes (Produkt) in einem Verhältnis von 2,5 % zu den Gesamtaufwendungen des Gesamtergebnisplanes stellen einen erheblichen Umfang dar und erfordern den Erlass einer Nachtragssatzung im Sinne von § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW.
- 3. Als geringfügig im Sinne des § 81 Abs. 3 Nr. 1 GO NRW gelten Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen und unabweisbare Instandsetzungen an Bauten, deren voraussichtliche Gesamtauszahlungen nicht mehr als 100.000 € betragen.
- 4. Die Wertgrenze für den Ausweis von Änderungen der Erträge und Aufwendungen und der Einzahlungen und Auszahlungen in einem Nachtragshaushaltsplan wird mit 10.000 € je Zeile im Teilergebnis- bzw. Teilfinanzplan auf Produktbudgetebene festgelegt.

Rückstellungen

- 1. Rückstellungen sind nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW im Einzelfall ab 5.000 € zu bilden.
- 2. Auch wenn im Einzelfall die Wertgrenze unterschritten wird, ist dennoch eine Rückstellung zu bilden, wenn die Gesamtsumme aller Einzelfälle in ähnlichen oder gleich gelagerten Fällen den Betrag von 25.000 EUR überschreitet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Geringfügigkeitsgrenze für Rechnungsabgrenzungsposten wird auf 1.000 € festgesetzt.

Außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Im außerordentlichen Ergebnis werden nur solche Vorfälle erfasst, die das Merkmal „von einiger materieller Bedeutung“ insoweit erfüllen, als eine Wertgrenze von 10.000 € überschritten wird.

Etatrede

anlässlich
der Verabschiedung des
Haushaltes für das Jahr 2017
in der
Sitzung des Rates am 20.12.2016

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist: 20.12.2016 18.30 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stock,
sehr geehrte Frau Stadtkämmerin Kühlen,
sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen
hier im Rat,
sehr geehrte Zuhörer aus Verwaltung, Bürgerschaft und
Presse,
wie bei jeder Etatverabschiedung möchte ich zunächst im
Namen meiner Fraktion der Verwaltung herzlich für die
geleistete Arbeit beim Haushalt danken. Dabei gilt unser Dank
selbstverständlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die
an der Aufstellung des Haushalts mitgewirkt haben. Sehr
geehrter Herr Bürgermeister, bitte überbringen Sie Ihren
Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank der CDU-Fraktion,
der selbstverständlich auch Ihnen und in besonderem Maße
natürlich der Kämmerin und dem gesamten Fachbereich der
Finanzwirtschaft gilt.

Es ist schon etwas, dass wir einen Haushalt noch in laufenden
Jahr für das kommende Jahr verabschieden können. Auch
wenn die Gemeindeordnung dies als das zugrundeliegende
Gesetz eigentlich so vorsieht, so waren wir es hier in Wegberg
fast schon gewöhnt, dass das nicht klappt. Es ist noch gar nicht
so lange her, da verabschiedeten wir erst im November den

Haushalt für das laufende Jahr. Das ist eine wirklich tolle Leistung die hier das Team um Kämmerin Sonja Kühnler erbringt. Dafür gebührt allen die am Gelingen mitgewirkt haben unser ausdrücklicher Dank und unsere Anerkennung.

Franz Alt hat einmal gesagt "Zukunft ist kein Schicksalsschlag, sondern die Folge der Entscheidungen, die wir heute treffen."

Und mit der heutigen Haushaltsverabschiedung entscheiden wir wieder einmal über die künftige Kommunalpolitik und das Handeln der Stadt Wegberg.

Wir entscheiden über Projekte, die unseren Standort stärken und unsere Lebensqualität verbessern sollen und vielleicht auch über Angelegenheiten, die nicht den breiten Konsens finden.

Es gibt keinen Spielraum für sehr große Wünsche, keinen Spielraum für Hirngespinnste und die Beratungen verliefen deshalb auch zügig und sachlich.

Bei der vor uns liegenden Endfassung des Haushalts 2017 von einem schönen Weihnachtsgeschenk zu sprechen, wäre jedoch verfehlt, denn immerhin schließt der Ergebnisplan für das Jahr 2017 mit einem Minus von mehr als 4,4 Mio. Euro ab.

Im Gesamtergebnisplan haben wir einen Rückgang der Erträge nach dem Ergebnis für 2015 zum Ansatz 2017 von rund 1 Mio. Euro.

Bei den Aufwendungen steigen diese nach dem Ergebnis 2015 zum Ansatz 2017 um 4,2 Mio. Euro. Ein deprimierendes Signal bei reduzierten Einnahmen die Ausgaben derartig zu steigern und es lässt an der Ernsthaftigkeit, die Haushaltslage unserer Stadt zu stabilisieren, zweifeln.

Dies kann für die zukünftige Entwicklung so nicht weitergehen, wenn wir das Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes, nämlich die „schwarze Null“ spätestens in 2024 zu schreiben, erreichen wollen.

Und dies meine Damen und Herren muss unser erklärter und mit Taten hinterlegter und gelebter Wille sein.

Aktives Handeln ist geboten. Die Devise muss lauten: Die Aufwendungen müssen runter, die Erträge müssen hoch.

Wie bereits gesagt gibt es keinen Spielraum für sehr große Wünsche, keinen Spielraum für Hirngespinnste.

Dass dieser Weg nicht aus populären Projekten bestehen kann, die von allen bejubelt werden, muss jedem klar sein. Und nur wenn Politik und Verwaltung geschlossen bereit sind diesen Weg zu gehen, kann er am Ende zum Erfolg führen.

Um hier im Ergebnishaushalt eine größere Möglichkeit zu haben steuernd einzugreifen, hat der Rat auf unseren CDU-Antrag hin beschlossen, dass bei allen größeren Instandsetzungsmaßnahmen ab einer Auftragshöhe von 25.000 € eine Vorberatung der Maßnahmen im jeweiligen Fachausschuss stattfinden wird. Dies wird, so sind wir überzeugt, dazu führen, dass jede Maßnahme vor der Ausschreibung noch auf Notwendigkeit und sachgerechter, wirtschaftlicher Ausstattung geprüft wird. Heute wird die Politik erst eingeschaltet, wenn die Ausschreibungsergebnisse vorliegen. Eine Eingriffsmöglichkeit ist dann nur noch theoretisch gegeben. Durch diese Verfahrensänderung, der kritischen Prüfung von kostenintensiven Maßnahmen erwarten wir nennenswerte Einsparungen. Als Beispiele seien hier die anstehenden Instandsetzungen im Bereich Hauptschule, Realschule oder beim städtischen Bauhof genannt.

Verlassen wir den Ergebnishaushalt und werfen wir einen Blick auf den Finanzplan und den hierin abgebildeten investiven Maßnahmen.

Hier hat die CDU-Fraktion in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.12.2016 für den größten Teil der investiven Maßnahmen, die bisher von der Verwaltung nur sehr allgemein beschrieben wurden, den Antrag gestellt, sogenannte Sperrvermerke anbringen lassen; d.h. jede einzelne Maßnahme ist im entsprechenden Fachausschuss in seiner Gesamtheit, d.h. Art, Umfang der Maßnahme und Auswirkungen auf die zukünftigen Betriebskosten oder auch insbesondere auf die den Bürger belastenden Gebühren, vorzustellen, der dann darüber entscheidet, ob und in welcher Höhe die Finanzmittel freigegeben werden.

Als große Bereiche für die dieses Instrument angewendet werden soll darf ich den Bereich Baubetriebshof und den Bereich Abwasserbeseitigung nennen.

Warum werden Sie vielleicht fragen?

Für den städtischen Baubetriebshof stehen Investitionen für Maschinen und Geräte von 250 T€ und Erneuerungsaufwendungen von 670 T€ für die Wärmeversorgung und Lüftungstechnik an. Daher haben wir als CDU-Fraktion einen Antrag auf Erstellung eines Gesamtkonzeptes gestellt, der die bauliche Situation des Bauhofgebäudes, die personelle Ausstattung sowie den Fuhrpark und den Maschinenpark untersuchen soll, um dann zukunftsorientierte Entscheidungen treffen zu können. Nur wenn der ganzheitliche Blick auf den städtischen Bauhof gerichtet ist, können auch zielführende Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden.

Gleiches gilt für den Bereich der Abwasserbeseitigung.

Was wurde die CDU nicht für ihren vermeintlichen Angriff auf das Abwasserkonzept im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2016 verbal verhauen.

Es wurde uns seinerzeit ein umfangreicher Vermerk vorgelegt, in dem ein Angstszenario dargestellt wurde bis hin zum strafrechtlichen Verhalten jedes einzelnen Ratsmitgliedes, wenn nicht das Abwasserkonzept eins zu eins und in Millionenhöhe umgesetzt werde.

Und was lesen wir im Vorbericht zum Haushalt 2017 meine Damen und Herren?

Ich zitiere: „Von den für 2016 geplanten Maßnahmen in Höhe von 2.066.500 Euro, wurde nur ein Bruchteil verausgabt.“

Bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2016 habe ich ausgeführt, dass es rechtlich zulässige Möglichkeiten gibt ein Abwasserkonzept zeitlich anzupassen und diese Möglichkeiten galt und gilt es auszunutzen zum Wohle der Stadt Wegberg und zur Verbesserung des städtischen Haushalts.

Vor diesem Hintergrund haben wir beantragt, alle in 2017 vorgesehenen Investitionen im Abwasserbereich ebenfalls mit einem Sperrvermerk zu versehen und einen entsprechenden Antrag bei der Bezirksregierung auf Anpassung dieses Abwasserkonzeptes mit dem Ziel der zeitlichen Streckung und damit verbundenen finanziellen Entlastung des städtischen Haushalts in 2017 sowie in den Folgejahren zu erreichen. Dies ist unabdingbar, damit die Bürger nicht mit deutlichen Gebührenerhöhungen konfrontiert werden. Wir erinnern uns, dass die

Abwassergebühren in Wegberg mit Abstand die höchsten im gesamten Kreisgebiet sind. Zur Verdeutlichung: Erkelenz hat Schmutzwassergebühren von 1,82 €/cbm und Wegberg 4,42 €/cbm. Hieraus ist die Brisanz des Themas hinreichend beleuchtet.

Meine Damen und Herren, ich habe lediglich einige Punkt exemplarisch versucht aus der Sicht der CDU-Fraktion darzustellen. Es gibt noch eine Vielzahl von Punkten. Diese hier und heute darzustellen, würde jedoch jeglichen Zeitrahmen sprengen. Selbst die Verwaltung hat in ihrem Vorbericht zum Haushalt 2016 wirklich gute Feststellungen getroffen, z.B.

- In den nächsten Jahren sind hohe Investitionen im Bereich der Pflichtaufgaben bei einer durch den hohen Eigenkapitalverzehr ohnehin angespannten Finanzlage geplant
- Wegberg hat einen hohen Fremdkapitalanteil
- Verfügbare Gewerbeflächen sind nur im Gewerbegebiete Wildenrath vorhanden, die Veräußerungsaktivitäten sind stark unterdurchschnittlich
- Die Stadt muss konsequent am Sparkurs, am Schuldenabbau und an der Ausgabendisziplin festhalten. Leider steigen die Mehraufwendungen
- Es gibt nicht unerhebliche Wanderungsverluste in benachbarte Städte

Leider haben wir bis heute keine feststellbaren Maßnahmen der Verwaltung, die aus diesen Feststellungen resultieren. Auch die von den politischen Parteien eingebrachten Vorschläge zur Umsetzung des HSK sind bisher nicht abschließend bearbeitet. Wir werden mit allen Kräften in 2017 daran arbeiten die Stabilisierung und die Handlungsfähigkeit des städtischen Haushaltes zu forcieren und werben bereits heute dafür uns auf diesen Weg zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ein städtischer Haushalt mit all seinen Positionen findet wahrscheinlich nie die Zustimmung von einem jeden einzelnen und beinhaltet immer auch Kompromisse. Auch wenn der politische Gegner uns als Teil der Verhinderungskalition bezeichnet hat, betreiben wir keine fundamentale Oppositionspolitik. Wir handeln und arbeiten konstruktiv und sind immer offen für Anregungen, die unserem hoffentlich gemeinsamen Ziel eine attraktive und wirtschaftlich handlungsfähige Stadt unseren Bürgern zu bieten, näherbringt. Wir

haben in den vorangegangenen Beratungen zum Haushalt 2017 ein akzeptables Ergebnis erzielen können. Daher freue ich mich Ihnen sagen zu können: wir werden dem Haushalt zustimmen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Georg Gellissen

Fraktionsvorsitzender

Rede zur Haushaltssatzung 2017

Wegberg, den 20.12.2016

Es gilt das gesprochene Wort!

hm
Sehr geehrter Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir erleben es heute seit vielen Jahren zum ersten Mal, dass über den Haushaltsentwurf eines Haushaltsjahres bereits im Vorjahr beraten und entschieden wird. Das ist der hervorragenden Arbeit der Kämmerin und ihres Teams zu verdanken. Ich komme darauf noch zurück.

Aber auch der Haushaltsentwurf 2017 bringt im Ergebnis wenig Erfreuliches.

Es sind investive Maßnahmen in Höhe von rund 6 Millionen € geplant. Die geplanten Investitionskredite betragen rund 2,6 Millionen €, die geplante Netto-Neuverschuldung soll bei lediglich etwa 320.000 € liegen. Zutreffend weist der Vorbericht des Haushaltsplanentwurfs aber darauf hin, dass die geringe Neuverschuldung bei den Investitionskrediten nicht über das negative Ergebnis der Gesamtverschuldung hinwegtäuschen darf. Denn zur Finanzierung des konsumtiven Auszahlungsüberschusses und der ordentliche Tilgung sind zusätzliche Kredite zur Liquiditätssicherung in Höhe von etwa 1,5 Millionen € erforderlich. Das Gesamtplanergebnis liegt bei etwa 4,4 Millionen €.

Ich möchte mich aber auch gar nicht lange bei den Zahlen aufhalten. Der Haushaltsplanentwurf schließt sich konsequent an das Haushaltssicherungskonzept und die Haushaltssatzung 2016 an. Er ist geprägt von den Notwendigkeiten, die zur Haushaltskonsolidierung führen sollen.

Mit Bedauern stellt die SPD-Fraktion aber fest, dass zum Teil von dem Pfad zur Haushaltskonsolidierung abgewichen wird. So hat der Rat mehrheitlich auf Antrag

der CDU beschlossen, die Straßenbaubeitragssatzung erst zu einem künftigen Zeitpunkt zu ändern. Das bedeutet, dass eine erhebliche Maßnahme des Haushaltssicherungskonzepts, die bereits für das Jahr 2017, also für die jetzt zu entscheidende Satzung, wirksam geworden wäre, nicht umgesetzt wird. Das reißt eine Lücke von etwa 313.000 €, die nicht durch einen Deckungsvorschlag ausgefüllt wird. Ich hoffe, dass dies keine Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit dieser Haushaltssatzung haben wird.

Auch die vom Rat mehrheitlich beschlossene Auflösung und Neubildung der Ausschüsse bringt weitere, auch finanzielle Belastungen. Neben dem jährlich zusätzlich aufzubringenden Mehrbetrag von mindestens 7000 € bringt dieser Beschluss eine erhebliche Mehrbelastung für alle Ratsmitglieder und auch die Verwaltung. Effizientes, arbeitsökonomisch sinnvolles Arbeiten wird erheblich erschwert. Ich habe dazu ja schon einiges gesagt. Jedenfalls bedeutet Mehrarbeit auch zwangsläufig höhere Kosten.

Gleichwohl wird die SPD-Fraktion dem Haushalt zustimmen. Er fügt sich grundsätzlich in den Weg ein, den das Haushaltssicherungskonzept vorgibt. Er ermöglicht es aber auch, „den Laden am Laufen zu halten“. Trotz aller Sparzwänge enthält der Haushalt auch im Jahr 2017 wieder Gelder für notwendige Investitionen. Nennen möchte ich hier beispielhaft: Investitionen in den Bildungsstandort Wegberg im Sinne der guten und gesunden Schule, die Investitionen für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen der Gerätehäuser für unsere Freiwilligen Feuerwehren. Diese Investitionen verdeutlichen, dass Rat und Verwaltung auch die Zukunft unserer Stadt im Focus haben. Die SPD wird diesen Ansatz auch konsequent weiter fortführen.

Und - auch das ist bemerkenswert - ergibt die mittelfristige Finanzplanung bereits 2022 ein positives Ergebnis.

Zum Schluss möchte die SPD Fraktion noch einmal ein großes Lob und herzlichen Dank für das Team um Frau Kühn zum Ausdruck bringen. Sie haben hervorragende Arbeit geleistet. Sie haben in diesem Jahr den Haushalt 2016, den Jahresabschluss 2015 und den jetzigen Haushaltsplanentwurf vorbereitet. Das hat es seit sehr vielen Jahren hier nicht mehr gegeben.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung war auch in diesem Jahr aus unserer Sicht ausgezeichnet. Die vielfältigen Fragen der Fraktionen im Vorfeld der Haushaltsberatungen wurden zeitnah und unserer Ansicht nach auch zufriedenstellend beantwortet. Dafür nochmals recht herzlichen Dank.

Zusammenfassend nochmals: Der Haushalt verlangt allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und auch den Mitarbeitern der Verwaltung Vieles ab. Er ist aber grundsätzlich erforderlich, um den Weg zur Haushaltskonsolidierung weiterzugehen.

Die SPD-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung 2017 zu.



Fraktionsvorsitzender

20.12.2016
Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
Liebe Bürgerinnen und Bürger, Liebe Gäste,
Sehr geehrte Vertreter der Presse

Zunächst gilt mein ausdrücklicher Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung für die Erstellung des Haushalts 2017. Ihnen, Frau Kühlen gilt dieser Dank in ganz besonderer Weise. Haben **Sie** doch erneut mit unermüdlicher Geduld und Fachkompetenz auf jegliche Fragen aus den Reihen der Ratsfraktionen zur sachdienlichen Erörterung und Klärung beigetragen.

Vielen Dank

Was hatten wir zu Beginn unserer Ratsarbeit für heroische Wünsche, Visionen und Vorstellungen: jedes Jahr unserem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes 2024 einen Schritt näher kommen.

Der Haushalt sagt eines ganz deutlich. Darin heißt es: vom Sparziel darf in den nächsten Jahren nicht abgewichen werden. Die im Haushaltssicherungskonzept beschlossenen Maßnahmen sind verbindlich umzusetzen. Die Streichung einer Maßnahme darf nur bei gleichzeitiger Kompensation durch eine andere Maßnahme erfolgen. Daran hat sich auch im Jahr drei des HSK nichts geändert. Das Investitionsvolumen in den

nächsten Jahren ist so hoch, dass die Summe ohne Neuverschuldung nicht getragen werden kann. Das macht das Streben nach einer Zinsreduzierung, wie wir sie uns im Maßnahmenkatalog vorgestellt haben, eher unwahrscheinlich. Es war erklärtes Ziel der Politik die Schulschließungen erst einmal auf Eis zu legen. Unsere Fraktion hat in dieser Frage bewusst für Enthaltung gestimmt. Nicht weil wir die Arbeit an unseren Grundschulen für nicht aner kennenswert halten, sondern weil wir der Meinung sind, dass uns dieses Thema auf kurz oder lang wieder einholen wird. Hierfür ist keine Kompensationsmaßnahme erfolgt. Instandhaltungskosten und notwendige Reparaturen müssen dann auch zwingend durchgeführt werden. Wer A sagt muss auch B sagen. Schließlich können wir die Kinder schlecht im Kalten sitzen lassen. Mit dem Förderprogramm „gute Schule 2020“ könnten diese Kosten gemindert werden. Das bleibt zu Hoffen. Ein geplanter Bildungscampus, mit einer Neubeschilderung unserer Schulen hört sich auf den ersten Blick gut an, ändert aber nichts an der Tatsache, dass dieses Projekt mit ca. 10.000 EUR veranschlagt wird. Bis jetzt noch ohne Konzept. Aber kein Problem. So viel sollte uns die rein äußerliche Aufpolierung der Bildungspolitik doch wert sein.

Sparvorschläge aus der Politik, formuliert in Anträgen mit Beträgen von 70-300 EUR, an denen Mitarbeiter der Verwaltung eine halben Tag arbeiten, um diese in die entsprechenden Beratungsvorlagen zu bringen, um dann am Ende festzustellen, dass sie uns nicht die nötige finanzielle Erleichterung verschaffen, die wir benötigen, machen wenig Sinn und sprengen jedes Kosten und Nutzen – Verhältnis.

Wiederbesetzungssperren bringen Einsparpotenzial. Und da wo es möglich ist durchaus sinnvoll. Aber es darf nicht dazu führen, dass dies in Bereichen der Verwaltung zu eingeschränkter Handlungsfähigkeit führt. Zu einer maximalen Belastung durch weniger Personal und ein daraus

resultierender erhöhter Krankenstand. Es ist wichtig dass wir ein Augenmerk auf die Personalplanung lenken, da sind wir ganz bei Ihnen, aber es muss auch Sinn machen.

Durch die geplante Erweiterung der Ausschüsse, wenn denn so beschlossen, wird der Haushalt im Jahr mit mehr als 7000 EUR zusätzlich belastet. Das hört sich zunächst nach nicht so viel an. Bis 2024 wären dies insgesamt aber ca. 60.000 EUR. Und da müssen wir uns fragen, ob es das ist, was die Bürgerinnen und Bürger unter einer verantwortungsvollen Politik verstehen oder ob die geforderten neuen Ausschüsse nicht in vorhandenen eingeflochten werden können, gerade auch was den Bereich Tourismus betrifft.

In Anbetracht dieser Kostenentwicklung wirkt der abgelehnte Antrag unserer Fraktion zur Aufstellung einer Wanderkarte am Dalheimer Bahnhof (Kostenpunkt ca. 1500 EUR) als Hinweis für Besucher und ‚Touristen‘, mit der Begründung - dafür sei kein Geld im Stadtsäckel - doch eher wie blanker Hohn.

Die Planung der neuen Feuerwache und die Entscheidung darüber hat die Gemüter aller daran beteiligten Personen über alle Maßen strapaziert. Die Enttäuschung von Seiten der Feuerwehr ist nur allzu verständlich. Ich bin ganz ehrlich, mitunter habe ich mich ein wenig fremd geschämt.

Der Schlichtungsvorschlag unseres Bürgermeisters wird hoffentlich eine breite Zustimmung finden. So war die Arbeit und Planung der letzten Jahre vielleicht nicht ganz umsonst. Die Maßnahme ist notwendig, vor allem aus sicherheitstechnischen und arbeitsschutzrechtlichen Gründen. Das sollten uns die vielen ehrenamtlichen Feuerwehrleute schon Wert sein.

Um die politischen Einigkeit wieder herzustellen, greifen wir auch hier noch mal locker mit 10.000-20.000 EUR ins Stadtsäckel um dann vielleicht doch festzustellen, dass es nicht viel Handlungsspielraum geben wird. Aber wir haben`s ja. Immer raus mit der Kohle.

Haben Sie mit gerechnet ?????

Für diesen relativ kleinen überschaubaren Rahmen fragwürdiger zusätzlicher Kosten, für die wir selbstverständlich auch noch nicht wissen, wie wir sie deckeln sollen, geben wir in den nächsten Jahren locker annähernd 100.000 € aus.

Ganz ehrlich, damit werden wir bei den Bürgerinnen und Bürgern keinen Blumentopf gewinnen können. Damit, und an dieser Stelle wiederhole ich mich, machen wir uns als politische Vertreter dieser Stadt unglaublich und angreifbar. Und das zu Recht.

Wir würden jedoch ganz sicher einen Oskar für den besten männlichen und weiblichen Darsteller erhalten. Das beste Drehbuch für hervorragendes Schmierentheater, die beste Regie für parteipolitische Selbstinszenierung und nicht zu vergessen die ‚Special Effects‘ am Ende mit viel Rauch um nichts.

Ich komme noch mal auf die Visionen am Beginn meiner Rede zurück. Sie sind wichtig und gut. Wir sollten sie nicht aus den Augen verlieren. Und sie uns mitunter immer noch mal in unser Gedächtnis rufen. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass wir den Menschen dieser Stadt und der nachfolgenden Generation vielleicht die eine oder andere Vision gestalten, auf die wir am Ende unserer Legislaturperiode und darüber hinaus zu Recht stolz sein können.

Christiane Merz-Valsamidis
(Fraktionsvorsitzende)



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

schafft Wegberg mit diesem Haushaltsentwurf den Klassenerhalt? Eins ist sicher, die Herbstmeisterschaft ist und bleibt ein unerfüllter Traum.

In diesem Jahr nutze ich einmal die Sprache des Fußballs; vielleicht kommen die Botschaften und Wünsche meiner Fraktion so besser beim Bürgermeister – unserem Trainer des Fußballvereins „Stadt Wegberg“ – und Feldspielern der Mannschaft „den Ratsleuten“ an, werden verstanden und – ach welcher Traum – mal bei der Zusammenarbeit umgesetzt, damit wir endlich alle nach vorne schauen.

Wenn eine Fußballmannschaft in eine Krise gerät oder steckt, gibt es zahlreiche Mitglieder, Fans und Wegbegleiter, die es besser wissen, selbstverständlich besser taktisch aufstellen, spielen oder was auch immer können.

Bei Fußballmannschaften in Krisensituationen heißt es mal, der Trainer ist schuld und muss weg oder mal die Spieler sind zu faul und verdienen einfach zu viel Geld, oder der Trainer hat einfach ein schlechtes Spielermaterial.

Leider befindet sich unsere Mannschaft „Stadt Wegberg“ mittlerweile schon länger in einer solchen Krisensituation, denn das Haushaltssicherungskonzept hat doch beträchtlich die Spielmöglichkeiten unserer Mannschaft – die der Ratsmitglieder – beeinträchtigt und sogar erheblich beschnitten.

Was ist zu tun? Unseren Trainer „Bürgermeister“ und uns Feldspielern „Ratsmitglieder“ können die Fans und Mitglieder vor 2020 nicht austauschen. Das ist Fakt. Auf diese Aufstellung und Kombination haben sich die Mitglieder und Fans – die Wählerinnen und Wähler der Kommunalwahl 2014 – verständigt und aneinander gebunden.

Die Feldspieler „Stadt Wegberg“ haben selbst ihre Co-Trainer „Beigeordneten“ bestimmt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung versorgen den Trainer, die Co-Trainer sowie die Feldspieler mit den Materialien und sind daher in meinem Gleichnis unsere Zeugwarte.

Wir Spieler haben ein großes Problem, unser Trainer „Bürgermeister“ erklärt nicht allen Spielern der Mannschaft „Stadt Wegberg“ seine Taktik, oft wechselt er im laufenden Spiel die Strategie - exemplarisch genannt seien hier „Neubau Feuerwache“ und „Schließung von Grundschulstandorten“.

Grundsätzlich sind hier die Verwaltungsvorlagen gemeint, die er als Bürgermeister mitzeichnet und sich so zu eigen macht, dennoch stimmte er in Ausschuss- und Rats-sitzungen mit seinen roten Spielern dagegen. Wir Spieler „Ratsmitglieder“ stehen auf dem Feld und sehen uns dann ratlos dieses Treiben an. Wo will er hin, das war doch ganz anders vorgesehen und von ihm nachweislich anders vorgesehen.

Seine Vorliebe für einzelne Mannschaftsgruppierungen ist hinlänglich bekannt, die Roten und Grünen sind immer toll, die Anderen aus seiner Sicht vielleicht einfach nur doll? Denn rote und grüne Spieler fragen niemals nach, sondern schreien immer „Ja, Trainer, so wird's gemacht! Wir vertrauen Dir bedingungslos, die anderen Spieler maßen sich Dinge an, die finden wir überhaupt nicht toll.“

Wären die Spielzüge der Ratsarbeit so einfach zu gestalten, könnten wir Spieler uns viel Trainingszeit für Standardsituationen ersparen und einfach aufs gegnerische Tor draufhalten. Doch ganz so einfach ist es nicht, denn wir Spieler müssen drauf achten, dass die richtigen Materialien „Vorlagen“ auch für den Spielzug passen. Oft stimmt die taktische Ausrichtung der vorgesehenen Spielweise nicht, hier gilt es dann mit Erfahrung argumentativ dagegen zu halten. Das raubt viel Zeit, kostet Kraft und macht den Beteiligten überhaupt keinen Spaß.

Verschiedene taktische Varianten wie „Schließung zweier Grundschulen“, „Einführung einer Parkraumbewirtschaftung“, „Erhöhung der Hebesteuersätze“ usw. wurden schon erprobt, manches Mal verworfen und manches Mal umgesetzt. Die Mitglieder und Fans „unsere Wähler“ waren bisher in der Regel sehr unzufrieden mit dem laufenden Spielbetrieb. Gelegentlich zu Recht, das wollen wir an dieser Stelle auch nicht verhehlen.

In dieser Mannschaft „Stadt Wegberg“ spielen wir unterschiedlich lang, ich bspw. erlebe nun den dritten Trainer „Bürgermeister“ in meiner zweiten Spielergruppierung. Subjektiv betrachtet, die Spielweise wird immer schlechter– leider und insbesondere beim Miteinander. Da gilt es Gegenzusteuern. Damit eine Mannschaft nicht nur mit Hängen und Würgen den Klassenerhalt schafft, müsste allen Beteiligten - angefangen vom Trainer „Bürgermeister, über Co-Trainer „Beigeordnete“, den Feldspielern „Ratsmitglieder“ bis hin zu den Zeugwarten „Verwaltungsmitarbeiter(inn)en - klar sein, das wir als „Stadt Wegberg“ nur erfolgreich sein werden, wenn wir uns gemeinsam auf eine Strategie bzw. Taktik verständigen und nicht alles gleichzeitig ausprobieren.

Außerdem halten wir es für äußerst sinnvoll, nicht schlecht übereinander zu reden, sondern miteinander respektvoll und wertschätzend umzugehen. Dem Trainer „Bürgermeister“ empfehlen wir, seine Co-Trainer und die für das Material verantwortlichen Mitarbeiter(inn)en der Verwaltung aufeinander abzustimmen. Es scheinen einige unterschiedliche Kommunikationsstile zu herrschen, die nicht immer auf das beste taktische Konzept für die Mannschaft „Stadt Wegberg“ abzielen. Das muss besser werden.

Weiter müssen unsere Mitglieder und Fans über jegliche Spielzüge und Taktiken aufgeklärt werden, denn die Wegberger Bürgerschaft ist unser höchstes Gut, die gilt es mitzunehmen „Zug um Zug“. Ansonsten erhalten wir im Jahre 2020 zu Recht eine „rote Karte“.

Meine Mannschaftsgruppierung „Aktiv für Wegberg“ hat sich für heute vor allem auf die Kosten der Materialbeauftragten bzw. Zeugwarte „Verwaltung“ fokussiert. Denn hier sind viele Dinge den Spielern, Mitgliedern und Fans nicht wirklich bekannt.

Fragen wie bspw. was kostet die Instandhaltung des Rasens, wieviel muss man bei Materialbeauftragten für die Ausstellung von Personalausweisen einplanen usw., sind berechtigt.

Unsere Fragen, wie und wo können wir für den Fußballverein „Stadt Wegberg“ in den kommenden Jahren noch weitere Einsparungen erzielen, um die Mitgliedsbeiträge und Eintrittspreise für unsere Mitglieder und Fans konstant zu halten, sind immer noch offen.

Ein zu überprüfender Bereich des Spielbetriebs sind für uns die Personalkosten. Es handelt sich hierbei um den zweiten größten Ausgabeposten der „Stadt Wegberg“ und ist aus unserer Sicht beim Spielzug „Stellenplan“ bis ins Kleinste zwingend zu verstehen. Ist der Spielzug „Stellenplan“ einmal abgeschlossen, können die Feldspieler „Ratsmitglieder“ nichts mehr verändern oder anpassen. Nachdem der „Stellenplan“ einmal steht, entscheidet der Trainer „Bürgermeister“ ganz alleine regelmäßig in allen weiteren Fragen. Für Beförderungen benötigt er – nur in Ausnahmefällen – die Zustimmung der Mannschaft, das bedeutet ein Drittel reicht in allen weiteren Fragen aus.

Das hat unsere Mannschaft vor kurzem negativ erfahren, wir sagten zu einem Spielzug „Beförderung“ mehrheitlich nein. Stattdessen erwiderten wir, lieber Trainer, frag' uns bitte noch mal in einem Jahr. Dennoch hat unser Trainer „Bürgermeister“ anders gehandelt. Der Spielzug war gespielt. "Liebe Mannschaft, ihr könnt mich mal, jetzt wird befördert, ich habe die Macht."

Selbstverständlich erhalten unsere Zeugwarte jede Besoldungsanpassung und Tarifierhöhung gewährt, dies steht ihnen unumstößlich zu. Wir finden, dass in unserem aktuellen und sehr heiklen Spielbetrieb die Besoldungsanpassungen und Tarifierhöhungen ausreichen, denn unseren Mitgliedern und Fans muten wir als Fußballmannschaft „Stadt Wegberg“ bis dato dafür notgedrungen nur Einschränkungen und Mehrausgaben zu.

Dieses Zusammenspiel und diese Zusammenhänge sehen unsere Fans bzw. Mitglieder der „Stadt Wegberg“ nicht. Das Alles spielt immer hinter den Kulissen, wenn es um die internen Finanzen geht und die Vertraulichkeit beginnt.

In diesem heutigen Spiel „Haushaltsentwurf 2017“ waren die Personalkosten sehr umstritten, wir Spieler wollten einfach zu viel wissen. Damit hat die dafür zuständige Zeugwartin nicht gerechnet. Warum interessieren sich die Spieler „Ratsmitglieder“ überhaupt für die Kosten

der Materialien und Zeugwarte? Und die Antwort auf all diese Fragen erfolgte prompt. „Ihre Fragen zu den Personalkosten der Kostenstellen sind in der Kürze der Zeit nicht vollständig und in Gänze durch meine dafür zuständigen Mitarbeiter aufzuarbeiten.“

Nun hat unser Trainer „Bürgermeister“ uns versprochen, die Rückrunde wird in Sachen „Personalkosten“ besser werden, den uns bisher verwehrten Aufschluss wird es künftig geben.

Wir sind darüber nicht glücklich, nehmen das aber zunächst einmal so hin. Allerdings geben wir unserem Trainer virtuell eine gelbe Karte. Rot wäre dafür zu diesem Zeitpunkt zwar möglich, aber definitiv nicht zielführend. Wir beschränken uns darauf, dass wir die Rückrunde aufmerksam begleiten werden.

Grundsätzlich gilt, die Strategie „Haushaltssicherungskonzept“ muss zwingend angepasst werden. Es sind noch viel zu viele Fragen unbeantwortet und offene Handlungsstränge vorhanden. Darauf haben wir mehrfach hingewiesen.

Einzig die Taktik „Erhöhung der Steuersätze“ wird immer wieder ins Feld geführt, ohne dabei aus unserer Sicht ernsthaft über Alternativen nachzudenken. Das ist nicht gut, es vergault unsere Mitglieder und Fans - und das zu Recht.

Ausdrücklich loben und danken möchten wir der obersten Zeugwartin „der Kämmerin“, die es nicht einfach hat mit dieser Fußballmannschaft „Stadt Wegberg“. Begrenzte Mittel, hohe Auflagen der Spielaufsicht und unterschiedliche Richtungen in Sachen Umgang mit den Budgets bei den Zeugwarten, den Materialien und der Mannschaft.

Allen Widrigkeiten zum Trotz ist es ihr gelungen, eine Taktik in Sachen „Haushalt 2017“ vorzuschlagen, der es zu verdanken ist, dass unser Mannschaftsteil dieser Taktik zustimmt. Denn letztendlich galt es für uns abzuwägen, wo sich unser Mannschaftsteil „Aktiv für Wegberg“ für das heutige wichtige Spiel positionieren wird.

Auf kritische Punkte wurde in dieser Rede hingewiesen, denn wir möchten nicht eines Tages vom Trainer „Bürgermeister“ ein Zitat von Peter Neururer vernehmen:

„Wir waren alle vorher überzeugt davon, dass wir das Spiel gewinnen. So war auch das Auftreten meiner Mannschaft, zumindest in den ersten zweieinhalb Minuten.“

Dagegen gilt es zu arbeiten, unsere Mannschaftsgruppierung hat in diesem Jahr erleben dürfen, dass die von uns verweigte Taktik „zwei Grundschulschließungen“ Gott sei Dank letztendlich nicht gespielt worden ist. Diese Mannschaft „Ratsmitglieder“ hat sich anders als vom Trainer „Bürgermeister“ eingebracht, darauf verständigt, über eine Schließung entscheiden die Eltern mit ihrem Anmeldeverhalten und nicht wir im laufenden Spielbetrieb. Dafür möchten wir Allen noch mal herzlich danken.

Vielleicht ist es heute ein wenig überraschend für den Bürgermeister, denn wir werden für das Spiel „Haushalt 2017“ – trotz der geäußerten Kritik – auf die Zusage des Trainers vertrauen.

Die Fraktion „Aktiv für Wegberg“ stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf zu.

gez. Nicole von den Driesch
Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort.

Haushalt der Stadt Wegberg 2017 (es gilt das gesprochene Wort)



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stock,
sehr geehrte Frau Stadtkämmerin Kühlen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Ein Jahr mit Höhen und Tiefen, ein Jahr mit politischen Erfolgen, auf die wir gemeinsam stolz sein können und ein Jahr, das uns aber auch wieder gezeigt hat, wie herausfordernd Wegberger Kommunalpolitik sein kann.

Erstmals in der jüngeren Vergangenheit können wir einen städtischen Haushaltsentwurf sogar vor dem Weihnachtsfest beraten. Und damit ist nicht das Weihnachtsfest des Haushaltsjahres, sondern das Weihnachtsfest des Vorjahres gemeint. Da haben wir in Wegberg schon eine ganz andere Ausgangslage erlebt. Für diese Herkulesarbeit danke ich - im Namen meiner Fraktion - Ihnen Frau Kühlen und Ihrer Mannschaft ganz ausdrücklich. Mir ist bewusst, dass sowohl aus der Politik als auch aus der Verwaltung vielfältige Erwartungen an Sie gerichtet werden. Seien Sie versichert, dass Ihre erfolgreiche Arbeit auch in Zukunft einen entsprechenden Stellenwert in diesem Haus einnehmen wird.

Herausfordernd ist und bleibt jedoch nicht nur die Haushaltslage der Stadt Wegberg – herausfordernd ist auch weiterhin die Gestaltung politischer Mehrheiten für unsere Heimatstadt.

Der Rat der Stadt Wegberg ist seit der letzten Wahl deutlich bunter geworden. Neue Gruppen haben den Weg ins Wegberger Rathaus gefunden und bereichern die politische Debatte in vielfältiger Art und Weise. Aber auch bei den etablierten Kräften sind neben vertrauten auch manche neue Köpfe zu finden gewesen.

Jetzt könnte man glauben, dass Bürgermeister und Rat nach gut zwei Jahren Gewöhnungsphase zueinander gefunden haben. Dies ist leider immer noch nicht der Fall. Die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung ist leider nicht immer von dem gegenseitigen Verständnis geprägt, das ich mir wünschen würde. Verwaltungsvorlagen sind manchmal mit arg dünnem Inhalt gefüllt, dass selbst Insidern die Zusammenhänge nur schwer zu vermitteln sind. Anträge von Fraktionen werden auf der anderen Seite manchmal „interessant“ interpretiert.

Hier lässt sich aus meiner Sicht noch deutlicher Optimierungsbedarf ausmachen.

Meine Damen und Herren,

insgesamt lässt sich jedoch ein zartes Pflänzchen erkennen und mich persönlich für die Zukunft hoffen. Die Neuorganisation der Ausschüsse bietet jetzt die Gelegenheit, um die Arbeit von Rat und Verwaltung neu zu gestalten und stärker auf die Zukunftsthemen für die Stadt Wegberg ausrichten. Nur so wird es uns gelingen das Leitbild „Wegberg 2025“ auch Realität werden zu lassen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Politik und Verwaltung die vor uns liegenden Herausforderungen nur gemeinsam – zum Wohle der Stadtgesellschaft – erfolgreich bestehen können. Politik muss wieder mehr miteinander als übereinander reden. Dabei hilft es auch nicht einen Teil des Rates in der Presse abzuqualifizieren. Als Teil einer sogenannten „Verhinderungscoalition“ oder „Mehrheitsopposition“ bezeichnet zu werden – wird der politischen Verantwortung, die wir für diese Stadt tragen nicht gerecht. Es sind die Menschen an diesem Tisch die gemeinsam für das Wohl und Wehe unserer Heimatstadt arbeiten, kämpfen und um Kompromisse ringen.

Meine Damen und Herren,

der Anspruch der Freien Demokraten ist es diese Stadt zukunftsgerecht zu gestalten. Unsere Stadt verfügt über eine ausgezeichnete Ausgangslage - reden wir sie nicht immerzu als „Schlafstadt“ selber klein. Die Landschaft ist prädestiniert für den Bereich Naherholung und Tourismus, die Bezeichnung Mühlenstadt und das neue Stadtlogo weisen den Weg in die richtige Richtung und unsere gut ausgebildete Bevölkerung bietet zahlreiche Chancen für die örtliche Wirtschaft.

Ein Teil der Wahrheit ist jedoch auch, dass wir neue Antworten auf die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen finden müssen. Digitalisierung und moderne Anforderungen an die Geschäftswelt machen auch vor Wegberg keinen Halt. Die Fußgängerzone muss sich weiterentwickeln. Das Zielbild einer Kunst- und Gourmetmeile erscheint uns in diesem Zusammenhang sinnvoll. Der von uns vehement geforderte Verwaltungslotse muss endlich umgesetzt werden und moderne Arbeitsformen müssen Einzug in Wegberg finden. Die entsprechenden Anträge und Initiativen liegen auf dem Tisch. Jetzt müssen diese endlich umgesetzt werden. Unsere Stadt braucht eine deutlich schnellere Umsetzungsgeschwindigkeit bei den Zukunftsthemen Tourismus, Wohnen und Gewerbe.

Die Suche nach Antworten auf diese und andere unbequemen Fragen ist der Weg der Freien Demokraten. Ich lade Sie alle dazu ein, diesen Weg mit uns zu beschreiten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir haben uns in den diesjährigen Haushaltsberatungen insbesondere für zwei wesentliche Projekte eingesetzt. Die weitere Fokussierung und Prozessoptimierung des Verwaltungshandelns sind erklärtes Ziel meiner Fraktion. Mit dem mittelfristigen Ziel einer Zertifizierung als mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung legen wir den Grundstein für ein noch stärker an verbindlichen Prozessen ausgerichtetem Verwaltungshandeln.

Außerdem wollen wir die ausgezeichnete Ausgangslage des Schul- und Sportzentrums nutzen und den Bildungsstandort Wegberg weiterentwickeln. Die Schaffung eines „Bildungs-Campus Wegberg“ bildet die Grundlage für eine stärkere Vernetzung aller Bildungseinrichtungen in der Online- und Offline-Welt. Die gemeinsame Vermarktung, die Durchlässigkeit der einzelnen Bildungseinrichtungen und die Verknüpfung der Angebote von der Elementar- bis zur Erwachsenenbildung sind erklärtes Ziel der Freien Demokraten. Nur so wird es uns gelingen den Bildungs-Standort für die Zukunft dauerhaft mit einem breiten Angebot zu erhalten.

Meine Damen und Herren,

den Freien Demokraten ist bewusst, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus auch im nächsten Jahr wieder einiges abverlangt werden wird. Ihnen allen sei unser Dank für Ihre engagierte Arbeit gewiss.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stock,
meine Damen und Herren,

die Freien Demokraten haben bisher die Haushaltsentwürfe des Haushaltssicherungskonzeptes mitgetragen und konstruktiv weiterentwickelt. Dies war und ist unser Verständnis von verantwortungsvoller Kommunalpolitik. Daher werden wir auch in diesem Jahr den Haushaltsentwurf für das Kalenderjahr 2017 mittragen. Damit ermöglichen wir vielfältige und notwendige Investitionen und Maßnahmen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Gleichwohl muss der eingeschlagene Weg der Konsolidierung in den nächsten Jahren jedoch weiter gegangen werden. Dazu zählt aus unserer Sicht auch, dass Kennzahlen stärker in den Fokus rücken müssen.

Diese müssen der Kämmerin zur Verfügung stehen und bilden die Grundlage für ein vernünftiges Controlling. Hier gilt es, dass alle Verwaltungsteile zukünftig „Hand in Hand“ arbeiten müssen. Ein Durcheinander wie in diesem Jahr – beispielsweise bei den Personalaufwendungen - darf sich nicht wiederholen. Mehr denn je gehören die städtischen Aufgaben und Ausgaben auf den Prüfstand und erfordern eine Neubewertung. Dazu sind wir Bereit.

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir abschließend noch einen persönlichen Gedanken.

Im Licht der aktuellen Herausforderungen muss Politik auch Orientierung geben und Verantwortung übernehmen wollen. Das gilt für Brüssel, für Berlin und Düsseldorf, aber genauso auch für Wegberg. Zunehmender Populismus, anti-europäische Tendenzen, Fake-Nachrichten oder Diskussionen über postfaktische Zustände gefährden unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieser Aufgabe müssen wir uns gemeinsam stellen.

Der frühere Bundespräsident Walter Scheel hat es einmal sehr deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politiker ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen.“

So verstehen wir Freien Demokraten unsere Rolle in dieser Stadt.

Ich danke herzlich ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Christoph Böhm
Fraktionsvorsitzender

Rede zur Haushaltssatzung der Stadt Wegberg für das Haushaltsjahr 2017

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

die Fraktion Freie Wähler bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung,
die es möglich gemacht haben, den Haushaltsplanentwurf vor Beginn des Haushaltsjahres
fertigzustellen.

Es wird dem Stadtrat ermöglicht wird, das Haushaltsjahr mit einem gültigen Haushaltsplan
beginnen zu können.

Wir erwähnen dies, da es für Wegberg schon lange her ist und gratulieren hier insbesondere der
Kämmerin. Wir haben die Hoffnung, dass mit dem Wechsel im Rechnungsprüfungsamt der gute
Weg fortgesetzt wird. Wir wünschen Frau Kaiser den verdienten Ruhestand und denken, dass mit
ihrem Nachfolger die konstruktive Zusammenarbeit fortgesetzt wird.

Nun komme ich zum vorgelegten Zahlenwerk.

Die Zusammenfassung lautet:

Der Ergebnishaushalt ist nicht ausgeglichen und wird es bis zur Kommunalwahl 2020 nicht sein.

In 2017 beträgt das geplante Defizit -2,93 Mio€ bei Gesamtaufwendungen von 56,9 Mio€.

Das große Erwachen wird also planmäßig mit einer massiven Grundsteuererhöhung kommen.

Und da werden wir als Fraktion Freie Wähler die Bürger sehr viel umfassender informieren.

Und da werden wir als Fraktion Freie Wähler die Bürger sehr viel umfassender informieren.

Ich kündige hiermit schon zur nächsten Ratssitzung einen entsprechenden Antrag an, der sich mit den beschlossenen HSK- Maßnahmen, dem voraussichtlichen Haushaltsausgleich 2024 und der Grundsteuererhöhung nach der Kommunalwahl beschäftigen wird.

Hier wird nicht mit offenen Karten gespielt.

Um unseren Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, Vorwürfe wie Populismus oder das neue Modewort postfaktisch nehmen wir als Kompliment auf, da es die Hilflosigkeit unserer politischen Mitbewerber offenbart.

Zu Pillichs Zeiten wurde uns eine Lähmung der Verwaltung unterstellt, Sie sehen, wir können mit Ihren Phrasen gut umgehen. Für uns ist das Ansporn, auf dem richtigen Weg zu sein.

Das Arbeitsverhältnis im Stadtrat ist weiterhin angespannt und daher möchte ich hier auf einige Dinge hinweisen:

Herr Bürgermeister, die Homepage der Stadt zu nutzen und einen Ratsbeschluss öffentlichkeitswirksam mit den Zusätzen wie "Verhinderungscoalition" zu spicken, überschreitet klar die Grenzen Ihres Amtes. Oder sind Sie jetzt nur noch Bürgermeister für Ihre SPD/ Grüne Anhänger?

Das Verhalten des SPD Fraktionsvorsitzenden gegenüber den "verstoßenen Kindern" in der AfW-Fraktion hat fast schon Züge angenommen, die man mit einer Psychose kennzeichnen könnte.

Wir wünschen uns, ja wir sind in der Weihnachtszeit, hier mehr Sachlichkeit auf der Arbeitsebene.

Ein Vorgang, der die Diffamierung der Vorsitzenden des Vereins Asyl in Wegberg betrifft:

Die SPD- Fraktion würde gut daran tun, ihrem SPD- Ortsverbandvorsitzenden die Benimmregeln der Politik und der Mitmenschlichkeit zu erklären. Weitere Details möchte ich Ihnen ersparen.

Fraktion Freie Wähler
Rathausplatz 25
41844 Wegberg



Fraktion Freie Wähler Wegberg
im Rat der Stadt Wegberg

Aber auch die FDP Fraktion sei hier erwähnt:

Die Bewohnerparkausweise, die das hohe Haus abgelehnt hat.

Hier wurde wieder der Populismus ausgepackt.

Eine Bitte an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, seien Sie auf der Hut, wenn von der Verwaltung und da nehme ich Sie Herrn Stock als Bürgermeister und Juristen besonders in die Pflicht, rechtliche Bedenken vorgebracht werden.

Damit soll die Diskussion schnell beendet werden.

Vergleichbare Städte wie die Kreisstadt Euskirchen und Kempen im Kreis Viersen zeigen, wie mit Bürgerfreundlichkeit Bewohnerparkausweise umgesetzt werden können.

Nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern besonnenes und diplomatisches Vorgehen ist Trumpf.

Und seien Sie doch ehrlich, hier spreche ich die Verwaltungsspitze direkt an, Sie haben einen Ermessensspielraum, den Sie für die Bürger nicht nutzen wollen. Seien Sie so ehrlich und sagen Sie den Bürgern, dass Sie es nicht wollen!

So eine Abstimmung zu verhindern zeigt Ihr seltsames Verhältnis zur Demokratie und das Recht, über einen Antrag einer Fraktion abzustimmen, unabhängig vom Abstimmungsergebnis.

Eins werden wir Ihnen versprechen, das Thema wird Sie weiter beschäftigen!

Nun zurück zum Haushalt.

Der Posten Personal steht bei uns in besonderem Fokus. Erste Ansätze einer deutlichen Kostenreduzierung sind erkennbar, wobei auffällt, dass die Häuptlinge wieder finanziell berücksichtigt werden und die Indianer leer ausgehen.

So geht es nicht und der Versuch, Personalangelegenheiten in den Haupt- und Finanzausschuss zu verlegen, ist gescheitert. Der Etat von über 12,5 Mio. € kann nicht als Anhängsel bearbeitet werden.

Hier gilt unser Dank den Kolleginnen und Kollegen des Rates, die dies genauso sehen und begrüßen ausdrücklich den neuen Ausschuss für Personal und Personalentwicklung.

Herr Stock, Ihre Ablehnung offenbart leider, dass Sie sich einer gewissen Kontrolle entziehen möchten,

Vor vier Jahren beantragten Sie als Fraktionsvorsitzender der SPD Kreistagsfraktion den gleichen Ausschuss im Kreis. Ihre damaligen Argumente konnten wir nahezu übernehmen, vielen Dank hier im Namen meiner Fraktion und ich denke auch im Namen des Mitantragsstellers der AfW Fraktion.

Abwasserbeseitigungskonzept

Hier einige Anmerkungen zur Idee der CDU- Fraktion, das genehmigte Abwasserbeseitigungskonzept infrage zu stellen.

1. Sie haben es 2015 bis 2020 mit beschlossen
2. Sie fahren die gleiche Strategie wie unter Pillich. Dort haben Sie die Investitionen bewusst reduziert, um ein HSK zu verhindern.
3. Ohne notwendige Sanierungen wird unser Kanalnetz den gleichen Zustand wie unser Strassennetz haben.

Mit einem Unterschied, es ist unter der Erde und niemand sieht das Dilemma.

Daher sehen wir Ihr Vorgehen sehr kritisch.

Neubau der Feuerwache

Hier ist schon viel gesagt worden. Alle Argumente der Fraktionen, die den Bebauungsplan abgelehnt haben, könnte man nachvollziehen, aber warum wurden die Einwendungen nicht im ordentlichen Verfahren geäußert.

Gerade Sie, Herr Gellissen, wissen dies am besten, da Sie beruflich genau über das Verfahren bestens informiert sind. Hier haben wir kein Verständnis für diese Verzögerungstaktik.

Eine andere Lage des Baufensters wird die Kosten für das geplante Gebäude kaum ändern.

Nach Auswertung der Ausschreibung fängt die Diskussion doch erst an.

Wir Freien Wähler sehen das Verfahren pragmatisch, bei der Ausführung wird es noch viele Diskussionen geben. Das festgelegte Baufenster sehen wir nicht als Hindernis.

Daher stimmten wir für den Bebauungsplan.

Strukturelles Dilemma der Stadt Wegberg

Sehr interessant ist der Vorbericht unserer Kämmerin, die das strukturelle Dilemma unserer Stadt aufzeigt.

Wegberg hat ein zu geringes Gewerbesteueraufkommen. Die umliegenden Kommunen machen es vor. Hier müssen sehr viel größere Anstrengungen unternommen werden.

Unser Antrag, gemeinsam mit der FDP Fraktion, auf Erweiterung des Gewerbegebietes Rath-Anhoven, zeigt, dass von Seiten der Verwaltungsführung außer der Kämmerin, hier bisher keine Notwendigkeit gesehen wird.

Herr Bürgermeister, es ist ein Trauerspiel, dass diese notwendigen Impulse nicht von Ihnen kommen!

Wohnbebauung

Auch hier zeigt sich das gleiche Dilemma. Herr Bürgermeister, Sie haben nichts besseres zu tun, Ihre Genossen einen Masterplan beantragen zu lassen. Hört sich gut an, aber ist ein Mittel, weiterhin viel Zeit und Geld zu verschwenden, das Wegberg nicht hat.

Oder anders ausgedrückt, zwei Jahre verschenkt und 40.000€ ausgegeben.

Der technische Beigeordnete wird es Ihnen bestätigen, das Wohngebiet Gerichhausen/Grenzlandring wird selbst von der Bezirksregierung unterstützt. Hier sollte endlich Fahrt aufgenommen werden.

Hier kündigen wir an, ein Umlegungsverfahren zu beantragen und freuen uns auf alle Fraktionen, diesen Antrag mit uns stellen möchten.

Schauen Sie auf die Zahlen, Wegberg hat die älteste Bevölkerung im Kreis HS. Das Nichthandeln hat massive Auswirkungen auf Schlüsselzuweisungen und die Standortsicherung unserer Kindergärten und Schulen in den nächsten 20 Jahren.

Oder wie lange wollen Sie warten? Ihre Ablehnung, weitere Mittel für die Bauleitplanung bereit zu halten, zeigt, dass 2017 ein weiteres Jahr des Stillstandes bedeutet.

Wie soll das Geschäftsmodell der SEWG überleben? Ohne Bauland können Sie den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft aufgeben und der Kämmerin die restlichen Verbindlichkeiten mitteilen, denn die Stadt Wegberg haftet hier in voller Höhe.

Wir freien Wähler sehen aber auch positive Aspekte und möchten die Kämmerin, Frau Kühn ausdrücklich loben.

Sie machen einen guten Job unter schlechten Voraussetzungen.

Sie verantworten die schlechten Zahlen nicht.

Herr Stock, Sie als Bürgermeister machen Sie einen schlechten Job. Sie setzen keine Impulse, man könnte fast von Einfältigkeit sprechen.

Die Stagnation ist nicht durchbrochen, es werden keine Akzente gesetzt.

Wir Freien Wähler haben das verstanden und werden Ihnen in Zukunft mal ein paar Ideen aus unserem Programm als Antrag zukommen lassen.

Wir Freien Wähler sehen einige Lichtblicke beim Personaleinsparkonzept und wie Sie wissen, war dies die Voraussetzung für eine weitere Zustimmung.

Für das kommende Jahr erwarten wir hier ein schlüssiges transparentes Konzept, sowie Transparenz bei der Erhöhung der Grundsteuer ab 2021 und einen guten Beschluss für zukunftsweisende Wohnbebauung für unsere Stadt.

Dies sind unsere Bedingungen und betrachten Sie dies als Vorschuss unsererseits.

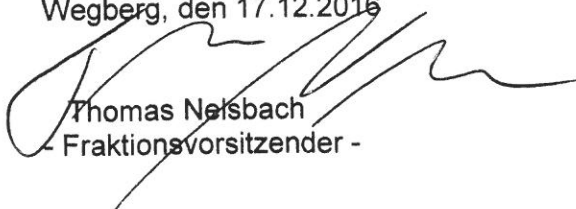
Daher wird die Fraktion Freie Wähler dem Haushaltsplan 2017 zustimmen.

Herr Bürgermeister, ich wiederhole meine Forderung aus der letzten Rede,

Sie sind in der Pflicht, hier zu liefern.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wegberg, den 17.12.2016



Thomas Nelsbach
- Fraktionsvorsitzender -